Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 63. | Freitag den 15. März 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 14. März. Die Reichsführer-Konferenz des Roten Frontkämpferbundes hatte seinerzeit beschlossen, zum zehnjährigen Bestehen der kommunistischen Internationale ein Geschenk an die russischen Arbeiter und Bauern zu übermitteln. Das soll, wie jetzt die Bundesführung entschieden hat, aus 3 Lastkraftwagen bestehen, die man bei dem nächsten Reichstreffen in Hamburg feierlich übergeben wird. Allerdings hat man das Geld für dieses großzügige Angebinde noch nicht beisammen.

Geßler über die Wehrmacht.

Bochum, 14. März. Vor der Westfälischen Verwaltungs-Akademie und der Weltwirtschaftlichen in Münster sprach Reichswehrminister a. D. Dr. Geßler über das Thema „Politische Probleme beim Aufbau der Wehrmacht der deutschen Republik". Geßler ist überzeugt, daß die innerpolitischen Kämpfe über einen Aufbau des Heeres, je mehr wir von den revolutionären Ereignissen hinwegkommen, an Schärfe verlieren werden und daher der Gedanke in immer weitere Kreise dringt, daß Staatsdienst Dienst am ganzen Volk ist.

Die Sparvorschläge des Hansabundes.

Der Hansabund hat sein Präsidialmitglied E. Mosich beauftragt, zum Haushaltplan für 1929 Einsparungsvorschläge auszuarbeiten, die jetzt in Gestalt eines 250 Seiten starken Buches vorliegen. Mosich kommt zu folgenden Ergebnissen: Der Reichshaushaltplan fordert insgesamt im Ordentlichen Haushalt 9 922 665 670 Mark. Hiervon entfallen auf die sächlichen Verwaltungsausgaben 2 271 800 205 Mark, auf die allgemeinen Bewilligungen 4 808 655 651 Mark, auf die einmaligen Ausgaben 247 968 845 Mark, in Summa 7 328 424 701 Mark. In den sächlichen Verwaltungsaufwendungen sind mitenthalten die inneren und äußeren Kriegslasten. Setzt man diese mit 1 767 113 020 Mark ab, so verbleiben an eigentlichen sächlichen Verwaltungsausgaben 504 667 185 Mark. In den allgemeinen Bewilligungen sind mit eingeschlossen die Steuerüberweisung an die Länder mit 3 275 888 500 Mark. Setzt man diese von der Summe der allgemeinen Bewilligungen ab, so bleibt eine Anforderung der Reichshaushaltvorlage in Höhe von 1 532 767 151 Mark. Jergliedert man unter diesem Gesichtspunkt die Anforderungen des Reichshaushalts und stellt diesen die Beträge gegenüber, die als einsparbar angesehen werden, so ergibt sich folgende Uebersicht: Sächliche Verwaltungsausgaben: Haushaltsvorlage 504 667 185 Mark, Einsparung 47 799 590 Mark. Innere und äußere Kriegslasten: Haushaltsvorlage 1 767 113 020 Mark, Einsparung 5 436 000 M. Allgemeine Bewilligungen: Haushaltsvorlage 1 532 767 151 Mark, Einsparung 305 220 000 Mark. Steueranteile der Länder: Haushaltsvorlage 3 275 888 500 M., Einsparung 83 850 000 Mark. Einmalige Ausgaben: Haushaltsvorlage 247 968 845 M., Einsparung 50 755 150 Mark. Summe der Anforderungen im Haushalt: 7 328 424 701 Mark, Summe der Einsparungen: 493 060 800 Mark. Setzt man diese Einsparungen in Beziehung zu der Gesamtforderung des Ordentlichen Haushalts, so ergibt sich eine Ermäßigung des Gesamtausgabesolls auf 9 429 604 870 Mark. Die Einsparungen sind in Höhe von 135 850 000 Mark von Gesetzesänderungen abhängig, die sich auf die Familienwochenhilfe der Reichsversicherungsordnung, auf die zurückerwiesenen Beträge aus den verpfändeten Einnahme an Zöllen, ferner aus dem Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern beziehen. Weitere 163 982 000 Mark beruhen auf der Ausschaltung der Anforderungen für die „Reichsbeträge" zur Invalidenversicherung aus den Anforderungen des Ordentlichen Haushalts, da diese der Versicherung nicht in bar zu zahlen sind, sondern nach Mosichs Vorschlag in Reichsschuldverschreibungen gezahlt werden sollen. Die restlichen 193 290 800 Mark setzen sich aus zahlreichen, im einzelnen begründeten Einzelvorschlägen zusammen, wobei betont wird, daß diese Einsparungen unbedingt erträglich sein müssen, da die Ausarbeitung überall von den Istausgaben des Jahres 1927 als Normalbedarf ausging, während tatsächlich der damaligen Ausgabengebahrung keineswegs das Zeugnis „sparsamer" Wirtschaft ausgestellt werden kann. Der Verfasser der Denkschrift resümiert sich dahin, daß über seinen Vorschlag hinaus noch fraglich gelassene Einsparungsmöglichkeiten mit einem Effekt von annähernd 100 Millionen vorhanden sind. Wenn man berücksichtigt, daß die Regierungsvorlage ungefähr den gleichen Betrag an neuen Steuern fordert, der hier durch Abstriche im Etat erzielt werden soll, so wird man sich mit dem Vorschlag des Hansabundes sehr ernsthaft auseinandersetzen müssen. Zumal in einer Zeit, wo die allgemeine Wirtschaftslage gebieterisch nach Steuersenkungen anstelle von Steuererhöhungen verlangt.

In den Besprechungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Berlin.

Den Besprechungen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht am Dienstag in Berlin hatte, kommt, wie die „B. Z. am Mittag" darlegt, mehr als rein informatorische Bedeutung zu, doch wäre es nach Meinung des Blattes falsch, wenn man sich in Paris der Hoffnung hingäbe, daß Berlin zur Akzeptierung der von den Franzosen angemeldeten Forderungen auch nur entfernt bereit wäre. Die Reichsregierung habe von Anfang an den Standpunkt angenommen, daß in die Substanz der deutschen Wirtschaft nicht eingegriffen werden dürfe und jede Endregelung der Reparationsfrage ihre naturgemäße Grenze an der deutschen Leistungsfähigkeit finden müsse. „Instruktionen" habe Dr. Schacht jetzt ebenso wenig erhalten wie ehedem, zumal da gerade von solcher Seite stets großer Wert auf die Unabhängigkeit der Sachverständigen gelegt worden sei. Wohl aber hatte die Fühlungnahme Schachts den Zweck, noch einmal die praktische Seite der Pariser Konferenz zu erörtern.

Die Eidesreform.

Berlin, 13. März. Der Strafrechtsausschuß des Reichstags nahm den Bericht des Unterausschusses über die Eidesform entgegen. Berichterstatter war Abg. Emminger (B. Vp.). Er faßte seine längeren Darlegungen wie folgt zusammen: Der Eid wird zwar nicht abgeschafft, aber nirgendwo mehr zwingend vorgeschrieben. Ueber die Frage Partei-Eid oder eidliche Vernehmung der Parteien im Zivilprozeß ist Entscheidung bis zum Einführungsgesetz vorbehalten. Im Strafprozeß kann das Gericht zwar die Beeidigung des Zeugen beschließen, aber nur, wenn es der Aussage ausschlaggebende Bedeutung für die Urteilsfassung beimißt, und wenn es der Auffassung ist, daß bei Würdigung der Sachlage die Beeidigung als äußerstes Mittel der Wahrheitsforschung nicht entbehrt werden kann. Für die anderen Fälle, wo bisher beeidigt wurde, ist die nicht eidliche Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben vorgesehen. Aber auch diese ist gegenüber der bisherigen Eidesabnahme wesentlich eingeschränkt. Die Beeidigung hat nicht nur zu unterbleiben bei Leuten unter 16 Jahren oder wegen Verstandesschwäche oder mangelnder Verstandesreife bei Personen, die als Täter, Teilnehmer, Begünstiger oder Helfer verdächtig sind oder bereits verurteilt sind, sondern auch, wenn das Gericht und Beteiligte darauf verzichten. Die Versicherung hat auch zu unterbleiben, wenn die Aussage nach der Ueberzeugung aller Mitglieder des Gerichts unerheblich ist. Die Versicherung kann unterbleiben in einem Strafverfahren, das ausschließlich eine Uebertretung betrifft oder in einem anderen Verfahren, wenn die Aussage nach der Ueberzeugung aller Mitglieder des Gerichts offenbar unglaubwürdig ist. Fahrlässigkeit und dolus eventualis sind nach den Beschlüssen des Unterausschusses abgeschafft. Die Mindeststrafe für vorsätzlich falsche Versicherung ist 3 Monate Gefängnis, vorbehaltlich besonderer Milderungsgründe des allgemeinen Teils, die Höchststrafe in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren. Ist die Aussage nur in einem bedeutungslosen Punkt unrichtig oder unvollständig, so kann das Gericht die Strafe nach freiem Ermessen mildern oder von der Strafe absehen. Soweit eine Aussage beeidigt wird, ist sie wörtlich in das Protokoll aufzunehmen. Die Strafe für wissentlichen Meineid ist Zuchthaus bis zu 5 Jahren, in besonders schweren Fällen Zuchthaus bis zu 10 Jahren. Der Unterausschuß nahm die Anträge mit wechselnden Mehrheiten an.

Hilferdings Steuerpläne.

Berlin, 13. März. Am Donnerstag wird Herr Hilferding seinen Etat vor dem Reichstag persönlich einbringen. Er hat in den letzten Tagen noch mit den Parteien verhandelt, es ist ihm aber gelungen, die Verschwiegenheit zu sichern, so daß er sich die Rosinen für seine Haushaltsrede aufsparen kann. Tatsächlich sind jetzt auch die übrigen Parteien zu großen Abstrichen bereit. Demokraten und Zentrum arbeiten ein Sparprogramm aus, und die Sozialdemokraten rechnen heraus, daß 100 Millionen abgestrichen werden können. Herr Hilferding hat dadurch die Möglichkeit, anzukündigen, daß seine Steuerwünsche vermutlich geringer sind und daß infolgedessen einzelne Blüten aus seinem Bukett wieder in die Kühlkammern zurückwandern können, vor allem wohl die Biersteuer, die für die Bayern so empfindlich ist, aber auch die Erbschaftssteuer, die dem Zentrum wider den Strich ging. Im übrigen ist aber ja die Frage nicht mehr aktuell, da die Entscheidung erst lange nach Ostern fällt und bis dahin noch hinreichend Gelegenheit zu Verhandlungen ist. Die Kunst des deutschen Parlamentarismus besteht ja darin, die Dinge auf die lange Bank zu schieben in der Hoffnung, daß irgend ein glücklicher Zufall von außen her — Paris? — die Rettung bringt. Verständigerweise wird wohl auch am Donnerstag der Notetat mit der Beratung verbunden, so daß am Abschluß der ersten Lesung der Notetat, der die finanzielle Existenz unseres Reiches für die nächsten 3 Monate sichert, verabschiedet werden kann. Eine politische Gefahr für das Kabinett besteht kaum, da auch das Zentrum wohl für diesen Notetat stimmt, eine Mehrheit also gesichert ist. Die ganze Tagung des Reichstags wird programmäßig nur 4 oder 5 Tage dauern. Alle werden sich ängstlich bemühen, um den heißen Brei der Koalition herumzugehen, damit kein Unglück passiert und das Kabinett nicht etwa aus Versehen stolpert. Es ist auch fraglich geworden, ob Hermann Müller überhaupt vor Ostern noch erneut an die Koalitionsverhandlungen herangeht oder ob er nicht auch damit bis zum Frühling wartet. Wir haben ja so viel Zeit und je schneller der Reichstag wieder in die Ferien geht, desto weniger Unheil kann er anrichten.

Entschädigung der Gemeinden für ihre Mitwirkung in der Arbeitslosenversicherung.

Aus den Richtlinien, die die kommunalen Spitzenverbände mit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vereinbart haben und die nur den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter bekanntgegeben worden sind, werden folgende wesentliche Gesichtspunkte bekannt: Die Heranziehung der Gemeinden zu Aufgaben der Arbeitslosenversicherung ist in den Gemeinden unzulässig, in denen ein Arbeitsamt oder die Nebenstelle eines solchen ihren Sitz hat. Die Entgegennahme und Vorprüfung der Anträge und die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung soll in der Regel durch die Arbeitsämter selbst vorgenommen werden. Wo sich die Heranziehung der Gemeinden nicht vermeiden läßt, sind Vergütungen von Fall zu Fall schriftlich zu vereinbaren. Wenn Gemeinden die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung übertragen wird, so müssen diesen rechtzeitig Vorschüsse bereitgestellt werden. Für die Vergütung gelten folgende Höchstsätze: Für Entgegennahme und Vorprüfung von Anträgen je Antrag bis zu 1 Mk. Für die Auszahlung je Zahltag und Zahlungsempfänger bis zu 6 Pfg. Für Kontrolle der Arbeitslosen für die ersten 20 Arbeitslosen je Woche 20 Pfg., jedoch nicht weniger als wöchentlich 2.40 Mark. Für jeden weiteren Arbeitslosen je Woche bis zu 10 Pfg.

Ausland.

Paris, 14. März. Der Generalsekretär der sozialistischen Partei, Faure, fordert im „Populair" in scharfem Ton den Rücktritt des Kriegsministers Painlevé wegen der zahlreichen Todesfälle. Er schreibt: „Bis zur Stunde sind nach glaubwürdigen Nachrichten mehr als 550 französische Soldaten im Rheinlande der Seuche zum Opfer gefallen. Ein Pressefeldzug und die Einbringung einer Interpellation waren nötig, damit dieser republikanische Minister sich entschloß, stotternd und wehklagend zu erklären: „Ich werde Auskünfte einholen, ich werde eine Untersuchung anstellen!" Die erste Maßregel, die ergriffen werden muß, ist, einen unheilvollen Mann aus dem Kriegsministerium zu entfernen, der dort wütet.

Madrid, 14. März. Die Studentenunruhen dauern fort. Gestern kam es wieder zu Zusammenstößen. Die Bevölkerung sympathisiert mit den Studenten.

Reparationskomödie.

London, 14. März. Unter dem Titel „Die Reparationskomödie" schreibt der liberale Publizist J. A. Spender in den „Daily News", der stürmische Protest der englischen Geschäftswelt gegen die deutschen Sachlieferungen sei erst ein schwaches Vorzeichen für das, was geschehen werde, wenn Deutschland einmal wirklich zu zahlen beginne. Bisher sei diese Frage noch kaum aktuell geworden, da Deutschland die Reparationen aus Auslandsanleihen bezahlt habe. Aber wenn der Strom des Auslandskapitals aufhöre, oder doch unter die Anforderungen der Reparationszahlungen sinke, werden die Deutschen nicht anders als in Sachgütern bezahlen können, und es sei von Anfang an klar gewesen, daß die Gläubiger von dem Augenblick an, wo Deutschland zahlen werde, was sie von ihm verlangen, das deutsche Volk anflehen würden, mit den verheerenden Zahlungen aufzuhören. Die jetzt geplante internationale Bank sei ebenso wie frühere Lösungsversuche nur dazu bestimmt, die Konsequenzen der Ueberführung von Gütern aus einem Land in ein anderes zu umgehen. Auf die Dauer können diese Konsequenzen aber nicht umgangen werden, und es wäre deshalb nach Spenders Auffassung eine Sache der einfachsten Vernunft, jetzt die politischen Vorteile einer Herabsetzung der Reparationsforderungen einzuheimsen. Man müßte die Forderungen wenigstens bis zu einem Punkt senken, an dem der größere Teil der Anleihen finanziert werden könnte, wie das bisher geschehen sei. Doch auch wenn dies geschehe, müßten die Reparationen auf die Dauer als ein Ansporn für den deutschen Außenhandel und sogar als eine Prämie für die deutsche Ausfuhr wirken. „Wenn Ihr wollt, daß man uns bezahlt," so schließt Spender seinen Artikel, „so ist es völlig sinnlos, daß Ihr Euch über die Folgen der Zahlungen beschwert."

Aus Stadt und Bezirk.

— Der Herr Staatspräsident hat den Obersekretär Klett von Tübingen, Notariatshilfsarbeiter in Metzingen, zum Bezirksnotar in Neuenbürg ernannt.

Neuenbürg, 14. März. Der am Sonntag, den 10. d. M., gehaltene Vortrag des Herrn Pfarrer Zier, Ottenhausen, gegen die Kriegsschuldlüge wird wohl allen denen, die trotz des schönen Wetters nicht versäumten, sich im „Bären" einzufinden, in dauernder Erinnerung bleiben. Auch dürfte sich empfehlen, die Berichte hierüber im „Enztäler" Nr. 60 und 61 auszuschneiden, um die entwickelten Gedanken und Ausführungen des Redners immer wieder vor Augen zu haben, denn es ist heiligste Pflicht eines jeden Deutschen, fest in sein Gehirn einzugraben, gegen was und für was er kämpfen muß, um sich, Kind und Kindeskinder vor drückender Sorge, Schmach und Schande zu bewahren. Aufgefallen ist aber vielen, daß außer dem Hauptredner auch der weitere Redner, Herr Stenographielehrer Reichardt, Birkenfeld, Altelsasser ist, die beide so trefflich ausführten, was in den Grenzlanden vor und während des Krieges geschah und was geschehen wäre, wenn wir nicht unterschrieben hätten. Sie und mit ihnen alle Elsaß-Lothringer sind Kronzeugen gegen die Kriegsschuldlüge, denn mit eigenen Augen haben sie gesehen und die Aufmerksamen auch gehört, was sich alles entwickelt und noch entwickeln sollte. Um ihres Deutschtums willen wurden sie vertrieben von Haus und Hof, herausgerissen aus dem Kreise derer, die sie liebten, Existenzen vernichtet und eines ganzen Lebens Arbeit mit einem Schlage vernichtet. Mit 30 bis 50 Kilo Handgepäck hat man sie abgeschoben über den Rhein und wie wurden sie empfangen? Als lästige Eindringlinge geduldet, ja teilweise sogar als Ausländer behandelt, hat man sie von Stadt zu Stadt geschickt, ohne ihre Not im geringsten zu lindern. Tausende harren noch heute auf Erledigung ihrer gerechten Entschädigungsansprüche und leiden bitterste Not; wenigen nur ist es gelungen, auf Grund verwandtschaftlicher oder sonstiger Beziehungen eine neue Existenz zu gründen und seßhaft zu werden. Und die anderen — sie irren weiter und suchen, um schließlich, nach vergeblicher Mühe, zurückzukehren in das Land, das sie ihres Deutschtums willen verlassen hatten. Aber nicht mehr unsere Freunde und Brüder werden sie sein; das Land, welches sie glühend liebten, und das ihnen so viel versagte, werden sie glühend hassen. Unsere Kronzeugen der Kriegsschuldlüge werden unsere Feinde sein. Deshalb, Volksgenossen, helft unseren vertriebenen Brüdern seßhaft zu werden, seid ihnen behilflich bei der Schaffung einer neuen Existenz, laßt sie das wiederfinden, was sie verloren haben, denn für das Vaterland haben sie es freudig gegeben. Ein Vertriebener.

(Wetterbericht.) Infolge des von England über Mitteleuropa nach Südosten sich erstreckenden Hochdrucks ist

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

für Samstag und Sonntag zwar mehrfach bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Herrenalb. (Gemeinderatssitzung am 12. März.) Das Stadtbauamt hat einen Plan mit Kostenanschlag über die Aufteilung des sogen. Viehhofsägmühleplatzes fertiggestellt, der heute dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlußfassung vorliegt. Dieser Plan sieht u. a. eine Verlegung des Ortsweges Nr. 15 gegen Süden vor, wodurch die Möglichkeit geschaffen wird, daß an die unmittelbar anstoßenden Grundstücksnachbarn eine Trennfläche von zus. 726 Quadratmetern abgetreten werden kann. Diese Fläche soll zunächst den Grundstücksnachbarn zum Kauf angeboten werden.

Festgestellt wird der Voranschlag der Kurverwaltung mit Einnahmen 72 930 RM., Ausgaben 72 765 RM. Als außerordentlicher Aufwand ist in den Voranschlag aufgenommen 7500 RM. für die Anlegung zweier neuer Tennisplätze und 6000 RM. zum Bau eines Freischwimmbades. Der Posten für die Neuanlage der Tennisplätze wird gestrichen, dafür die Rate für ein Freischwimmbad um diesen Betrag auf 13 500 Reichsmark erhöht. Die noch verfügbaren Mittel aus den Jahren 1927 und 1928 werden für den gleichen Zweck bestimmt.

Gegen den projektierten Bau eines Kraftwagenschuppens durch Hotelier Fr. Lacher auf P. Nr. 1211 in den Ziegelwiesen wird eine Einwendung nicht erhoben und zu dem Baugesuch des Karl Ruff, Schmiedmeisters, hier, auf Errichtung einer Autoreparaturwerkstätte und einer Autogarage auf Parzelle Nr. 7 am Ortsweg Nr. 5 die Zustimmung erteilt. Die Kosten einer notwendig werdenden Verlängerung des Ortsweges Nr. 5 übernimmt die Gemeinde. Der erforderliche Grund und Boden ist unentgeltlich seitens des Gesuchstellers an die Gemeinde abzutreten.

Das Baugesuch der Witwe Hillenkamp auf Erstellung einer Liegehalle bei der Pension Waldeck, gegen welches der Grundstücksnachbar Einsprache erhoben hat, wird zur mündlichen Verhandlung mit den Parteien auf die nächste Sitzung zurückgestellt.

Der Gemeinderat hat die Einleitung des Umlegungsverfahrens für das Baugelände im Gebiet des Maienbergs beschlossen. Für die Durchführung der Umlegung wird der im Baulandgesetz vorgeschriebene Umlegungsausschuß durch den Gemeinderat bestellt.

Die Schule beabsichtigt am Freitag, den 22. März 1929, einen Elternabend, verbunden mit turnerischen und theatralischen Darstellungen abzuhalten und bittet zu diesem Zweck um Ueberlassung des Kursaals. Diesem Gesuch wird entsprochen.

Die Beschwerde des Konkursverwalters im Nachlaß-Konkurs Ecker gegen den vom Gemeinderat ausgesprochenen Widerruf der Gestattung von Autoreparaturen in dem Gebäude Nr. 140b der Gernsbacherstraße hat das Oberamt mit Bescheid vom 5. März 1929 sportelpflichtig abgewiesen. Hiervon nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

Einige minderwichtige Verwaltungsangelegenheiten und Rechnungsanweisungen bildeten den Schluß der Sitzung.

Konfirmanden der Gesamtkirchengemeinde Schömberg.

A. Knaben (15).

1. Johannes Stahl, 2. Karl Theurer, 3. Rudi Dittus, 4. Karl Kraft, 5. Ulrich Bertsch, 6. Gustav Bäuerle, 7. Walter Schöner, 8. Karl Hackius, 9. Erwin Maisenbacher, 10. Eugen Schnürle, 11. Albert Maisenbacher, 12. Otto Baier, 13. Friedrich Schwemmle, 14. Albert Kusterer, 15. Eugen Hölzle.

B. Mädchen (12).

1. Hilde Rentschler, 2. Gertrud Schwämmle, 3. Frida Rieringer, 4. Hilda Baier, 5. Rita Keppler, 6. Mina Gackeler, 7. Anna Pfrommer, 8. Lina Rühle, 9. Mathilde Lötterle, 10. Hedwig Rothacker, 11. Wilma Breitmaier, 12. Herta Schnürle.

Württemberg.

Stuttgart, 15. März. (Gebirgstruppen-Tagung.) Am 4. und 5. Mai d. J. treffen sich in Stuttgart alle früheren Angehörigen der württembergischen Gebirgstruppen (ehemalige Gebirgsschützen, Gebirgsartilleristen, Gebirgsmaschinengewehrler) zur Gedenksteinweihe auf dem Waldfriedhof und zu kameradschaftlichem Beisammensein in Erinnerung an gemeinsam verlebte Kriegsjahre. Alle Kameraden der genannten Truppenteile sind herzlich eingeladen. Anmeldungen an Rudolf Weckler, Stuttgart, Johannesstraße 86a, Hans Bucher, Cannstatt, Wilhelmstraße 14 und Erich Weippert, Stuttgart, Herzogstraße 3.

Göppingen, 14. März. (Verurteilung wegen Zweikampf.) Vor dem erweiterten Schöffengericht Konstanz wurde gegen den 27jährigen ledigen Studierenden des Technikums Konstanz, Karl Heinrich Abel aus Göppingen, und acht weitere Genossen, darunter den 22jährigen Hermann Heutle, dem Mitbeteiligten an dem Zweikampf, wegen Zweikampfes verhandelt. Es waren 60 Gänge mit leichten Säbeln ausgemacht. Beim dritten Gang erhielt Abel, dem ein Auge fehlt, eine starke Verwundung der oberen Schädelhaut, so daß er in das Krankenhaus übergeführt werden mußte, das er nach etwa zwei Wochen wieder verlassen konnte. Die Angeklagten Abel und Heutle wurden zu je 4 Monaten, die übrigen 7 Angeklagten zu je einem Monat Festungshaft verurteilt.

Münsingen, 14. März. (Eingefrorene Mostfässer.) Am letzten Markttag erwarb ein hiesiger Bürger von der Stadtgemeinde bei einer Versteigerung einen sogenannten alten „Kanonenofen". Darüber befragt, was er mit dem alten Monstrum anfangen wolle, erfolgte die prompte Antwort: „Mein Mostfaß auftauen!" Hoffentlich gelingt es dem Kanonenofen bald, daß unser Mitbürger zu seinem geliebten Haustrunk in genießbarer Form kommt.

Friedrichshafen, 14. März. (Eine zweite Mittelmeerfahrt des „Graf Zeppelin".) Der Luftschiffbau Zeppelin teilt mit, daß infolge des vielfachen Drängens von vorgemerkten Passagieren, die zur Mittelmeerfahrt im März nicht mehr zugelassen werden können, etwa auf den 15. April eine Wiederholung der Mittelmeerfahrt angesetzt worden ist. Wenn möglich, soll diese Fahrt auch in den westlichen Teil des Mittelmeers hinein erweitert werden. Der Fahrpreis ist auf 3000 Mark pro Person festgesetzt. Die Buchungen hat die Hapag übernommen. Vorläufig stehen wiederum 12 Betten für zahlende Fahrgäste zur Verfügung.

Baden.

Waldshut, 13. März. Der als Mörder seines Schwiegervaters, des Landwirts Adam Henzler, Segalen, verhaftete Johann Mutter aus Amrigschwand, hat gestern ein teilweises Geständnis abgelegt. Bald nach seiner Verhaftung verlangte er Tinte und Papier und schrieb nieder, daß er auf seinen Schwiegervater eine Anzahl Schüsse im Verlauf eines Streits abgegeben habe. Die Darstellung deckt sich jedoch nicht ganz mit dem Leichenbefund. Die Leiche weist einen Schuß in das linke Ohr auf, weiter einen Kopfschuß oberhalb der rechten Schläfe, einen Schuß in die linke Brustseite und schließlich noch einen Rückenschuß unterhalb der linken Schulter. Mutter hatte eine unverheiratete Tochter des Henzler, die bei seiner Frau zu Besuch gewesen war, gegen Mitternacht nach Hause gebracht und den Schwiegervater betrunken auf der Kunststraße angetroffen. Er hatte vorher in Röggenschwiel in einer Wirtschaft gesessen, um wegen eines Holzverkaufs zu verhandeln und hatte sich dort ziemlich betrunken. Als die beiden ins Zimmer traten, soll es zu Schimpfereien gekommen sein, in deren Verlauf Mutter zur Waffe gegriffen hat. Er will über die Beleidigungen seiner Frau durch ihren Vater in Erregung geraten sein. Unaufgeklärt ist noch, ob die Bewohner des Hauses nichts von den Vorgängen in der unteren Stube gehört haben.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 14. März. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 4 Ochsen, 9 Bullen, 40 Jungbullen (unverkauft 7), 39 Jungrinder, 18 (4) Kühe, 225 Kälber, 454 (54) Schweine. Erlös aus je einem Ztr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 44—46 (letzter Markt 46—48), b 41—43 (42—45), Jungrinder a 52—56 (unv.), b 44—49 (45—50), c 40—43 (unv.), Kühe —, Kälber a 78—82 (79—82), b 68—76 (69—77), c 58 bis 66 (57—66), Schweine a fette über 300 Pfd. 81 (bis 81), b vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd. 80—81 (81—82), c von 200 bis 240 Pfd. 78—80 (80—81), d von 160—200 Pfd. 74—76 (77—79), e fleischige von 120—160 Pfd. 72—74 (74—76), Sauen 58—68 (59 bis 70) Mark. Marktverlauf langsam, Ueberstand bei Großvieh und Schweinen.

Stuttgarter Häuteversteigerung vom 13. März. Es standen 12 552 Großviehhäute, 18 570 Kalbfelle und 632 Hammelfelle zur Versteigerung. Von Kalbfellen gingen leichte bei zögerndem Gebote um 4 Pfg. zurück, schwere lagen durchschnittlich 2 bis 3 Pfg. höher, über 15 Pfund waren letztpreisig. Großviehhäute fanden etwas schleppend Abnahme bei uneinheitlich 2 bis 6 Prozent niedrigeren Preisen. (Kühe 8 bis 10 Prozent weniger, Bullen, Mittel- und Schwergewichte lagen letztpreisig und etwas höher.) Hammelfelle lagen etwas höher. Die nächste Auktion ist am 17. April.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 14. März. Rechtsstehende Kommunisten, die sog. Neustifer, versuchten gestern abend, wie die „Südd. Arb.-Ztg." berichtet, eine Veranstaltung der Kommunistischen Jugendvereine in der Altstadt zu sprengen. Am Schluß der Veranstaltung wurden die Jugendlichen überfallen und mit Gummiknüppeln, Stahlruten und Schlagringen geschlagen, so daß mindestens 6 blutüberströmte Köpfe hatten. Ein Fünfzehnjähriger wurde in der Altstadt in ein Haus gesperrt und verprügelt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Stuttgart, 14. März. Vom Schlichter für Südwestdeutschland in dem Arbeitskampf in Kornwestheim wird mitgeteilt: Beide Parteien haben dem Vorschlag des Schlichters zugestimmt. Damit ist der Arbeitskampf beigelegt.

Trier, 14. März. Trotz der anhaltenden wärmeren Witterung ist die Gewalt der in den Kasernen von Trier umgehenden Seuche noch nicht gebrochen. Von gut unterrichteter Seite werden bis zum 13. März weitere 19 Todesfälle gemeldet. Ein Teil der Kasernen bleibt weiterhin gesperrt.

Rotenkirchen i. Vogtl., 14. März. In der Bürstenfabrik von Bruno Georgi brach heute früh 7 Uhr im Nordostgiebel Feuer aus, das sich rasch auf das ganze, 14 Meter lange dreistöckige Gebäude ausdehnte. Zur Bekämpfung des Brandes wurden viele Feuerwehren aus der Umgegend herangezogen.

Kassel, 14. März. Heute früh ereignete sich auf dem Hauptverkehrsplatz Kassels, dem Königsplatz, ein folgenschwerer Wasserrohrbruch, der an verschiedenen Stellen Straßensenkungen verursachte. Als ein mit einem Pferd bespanntes Marktfuhrwerk den Königsplatz passierte, öffnete sich unter dem Pferd plötzlich der Boden und das Pferd versank bis zum Kopf in dem Erdloch. Nach zweistündiger Arbeit konnte die Feuerwehr das arme Tier aus seiner Lage befreien. Es besteht die Möglichkeit, daß der Königsplatz auf größere Strecken vom Wasser unterspült ist, sodaß umfangreiche Absperrungsmaßnahmen getroffen wurden. Es dürfte geraume Zeit dauern, bis der Platz in seiner gesamten Ausdehnung wieder dem Verkehr übergeben werden kann. Der Straßenbahnverkehr ist bisher nicht behindert.

Berlin, 14. März. Die Stadt Berlin hat Professor Einstein zu seinem 50. Geburtstag ein Glückwunschschreiben überreichen lassen, und ihm zugleich Mitteilung davon gemacht, daß der Magistrat vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, Professor Einstein in Neu-Cladow in dem zur Zeit von Herrn von Zeschau bewohnten Einfamilienhaus ein Wohnrecht auf Lebensdauer einzuräumen.

Berlin, 14. März. Der Reichspräsident empfing heute Staatssekretär v. Schubert zur Berichterstattung über die Genfer Tagung.

Berlin, 14. März. Bei der heutigen letzten Ziehung der preuß. Klassenlotterie fiel die Prämie von 500 000 Mk. (nebst einem Gewinn von 1000 Mk.) auf die Nummer 297 785. Das Los wurde in Abteilung I in Achteln in Berlin-West, in Abteilung II in Achteln in Berlin-Nordost gespielt. Unter den Gewinnern befindet sich ein 47 Jahre alter blinder Straßenhändler, der bisher sein Leben aus dem Verkauf von Blindenerzeugnissen armselig fristete. Auch alle anderen Teillose der Stegliger Abteilung der Glücksnummer waren im Besitz kleiner Leute. Die Gewinner sind ein Kraftdroschkenführer, eine Büroangestellte, ein Photograph, der 2 Achtellose hatte, ein kleiner Beamter in Steglitz, der z. Zt. im Krankenhaus liegt, eine arme Aufwartefrau in Lichtenberg und eine Frau in Ratibor.

Berlin, 14. März. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist für Dienstag, 19. März zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht das Genfer Protokoll wegen Verbots des Gaskrieges und eine Aussprache über die Verhandlungen der letzten Ratssitzungen des Völkerbundes.

Berlin, 14. März. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Im Lohnstreit des Buchdruckgewerbes ist nach viertägiger Verhandlung zwischen den vertragschließenden Organisationen eine Verständigung dahin zustande gekommen, daß der tarifliche Spitzenlohn in Höhe von 56 Mk. um 2.50 Mk. erhöht wird. Dieses Abkommen ist mit einer Laufdauer bis zum 30. Juni 1930 vereinbart worden.

Liebau (Schlesien), 14. März. Gestern abend wurde der 22 Jahre alte Schuhmacher Joseph Taude aus Kunzendorf, Kreis Landeshut, auf der Straße von Michelsdorf nach Oppau tot aufgefunden. In der Nähe von ihm lag sein Bruder anscheinend schwer betrunken. Joseph Taude hatte vier Messerstiche im Kopf, die seinen Tod herbeigeführt hatten. Der Bruder wurde unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet. Man nimmt an, daß Erbschaftsstreitigkeiten der Beweggrund zur Tat sind.

Brüssel, 14. März. Die belgische Telegraphenagentur teilt mit: Nach unseren Informationen kommt den bei der Sekretärin des Journalisten Ward Hermans gefundenen Dokumenten nicht die Wichtigkeit zu, die die Zeitungen ihnen beimessen. Es soll sich vielmehr um einige alte Dokumente handeln, die heute nicht mehr von Interesse sind. (!?)

Rom, 14. März. Der am 11. Februar im Lateran-Palast unterzeichnete Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der italienischen Regierung über die Vereinigung der römischen Frage samt den Annexen und dem gleichzeitig abgeschlossenen Konkordat wurde heute im Wortlaut veröffentlicht. Die wesentlichsten Bestimmungen des sehr ins einzelne gehenden umfangreichen Dokuments stimmen völlig mit dem überein, was bereits in den Tagen nach der Unterzeichnung des Vertrags in halboffiziösen Auszügen der Presse bekannt gegeben wurde.

Bern, 14. März. Der schweizerische Ständerat hat mit allen Stimmen den Kriegspakt angenommen.

Paris, 14. März. Der 21 Jahre alte Gewerbeschüler Steffens, der unter dem Verdacht verhaftet war, den Zugführer des Schnellzuges Paris—Nancy ermordet zu haben, hat die Tat eingestanden. Er hatte sich aller Barmittel entblößt gesehen und wollte sich neue Geldmittel beschaffen. Steffens ist in Hagenau im Elsaß geboren.

New-York, 14. März. Die Stadt Greenville in Südkarolina ist von einem Tornado heimgesucht worden, der besonders in der Umgebung große Verwüstungen angerichtet hat. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind acht Personen getötet und sehr viele verletzt worden. Der wirtschaftliche Schaden ist sehr groß.

Montevideo, 14. März. Bei einem Brand im Zentrum der Stadt sind gestern zehn Arbeiter einer Schuhfabrik zu einer unförmlichen Masse verbrannt. Sie waren in dem Waschraum eingeschlossen, wo die Feuerwehrleute sie nicht erreichen konnten.

Ein Zwischenfall im Landtag.

Stuttgart, 14. März. Bei der heutigen Beratung der großen kommunistischen Anfrage über die Zustände bei den Arbeitsämtern ereignete sich, als der sozialdemokratische Abgeordnete Weimer mit der Besprechung der Anfrage beginnen wollte, ein Zwischenfall. Plötzlich entfalteten auf der Zuschauertribüne 2 kommunistische Arbeitslose eine rote Fahne, auf der die Worte standen: Wir fordern Brot und Arbeit, weg mit den Sonderbestimmungen für Saisonarbeiter. Die kommunistischen Abgeordneten im Saale riefen lebhaft Bravo, während die Arbeitslosen auf der Tribüne ebenfalls Zwischenrufe machten. Präsident Pflüger ordnete sofort die Entfernung der kommunistischen Störenfriede an und erklärte, er habe geglaubt, daß die Kommunisten bestrebt seien, die Lage der Arbeitslosen zu verbessern, während er jetzt sehe, daß es ihnen nur um eine Demonstration zu tun sei. Eine Störung der Ordnung des Hauses werde er auf keinen Fall zulassen. Die beiden Störenfriede wurden dann von der Tribüne entfernt, während die kommunistischen Abgeordneten lebhafte Zurufe machten. Im Hause entstand große Unruhe. Als die Ruhe wieder hergestellt war, begann der Abgeordnete Weimer mit der Besprechung der Großen Anfrage.

Die Zustände bei den Arbeitsämtern. Vertagung des Landtags.

Stuttgart, 14. März. In der heutigen Sitzung des Landtags begründete der Abgeordnete Hammer die große kommunistische Anfrage betr. die Verhältnisse bei den Arbeitsämtern. Er beklagte sich über skandalöse Zustände bei Arbeitsämtern und Stempelstellen, über die großen Wege, um die Stempelpflicht zu erfüllen, über die langsame Behandlung von Gesuchen und über die schwere gesundheitliche Schädigung, die die Arbeitslosen dadurch erleiden. Wirtschaftsminister Dr. Beyerle wies den Vorwurf zurück, daß die Regierung bei Fragen, die die Arbeiter angehen, ein Schneckentempo anschlage. Es müsse erst die Antwort der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und des Landesarbeitsamts für Südwestdeutschland eingeholt werden, ehe eine Antwort auf die Große Anfrage möglich war. Staatsrat Rau gab über Einzelheiten nähere Auskunft. Nach Angabe des Landesarbeitsamts ist bei den Arbeitsämtern infolge sprunghafter Zunahme der Arbeitslosigkeit zeitweise eine Ueberlastung des Personals und dadurch eine Verzögerung der Geschäftserledigung eingetreten. Die Beschaffung neuer Arbeitsräume wird allmählich durchgeführt. Schikanöse Behandlungen von Arbeitslosen sind nicht vorgekommen. Die Beamten der Arbeitsämter haben vielmehr unter schwierigen Verhältnissen ihre Pflicht erfüllt. Als dann der Abg. Weimer (Soz.) mit der Besprechung der Großen Anfrage beginnen wollte, ereignete sich der an anderer Stelle gemeldete Zwischenfall. Weimer betonte, daß die Zustände auf den Arbeitsämtern einer Aenderung bedürfen und stellte deshalb den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den württembergischen Arbeitsämtern, deren Raumverhältnisse ungenügend sind, die erforderlichen weiteren Räume zur Verfügung gestellt, die notwendigen erforderlichen Hilfskräfte eingestellt und bei Durchführung der täglichen Kontrolle soweit als möglich Erleichterungen gewährt werden. Der Abg. Gengler (Ztr.) erklärte, die Frage der Sorge für die Arbeitslosen sei sehr ernst, aber nur durch sachliche Arbeit, nicht durch politische Demonstrationen komme man weiter. Der Abg. Dr. Burger (D. Vp.) vertrat die Auffassung, man dürfe nicht alle Fehler bei den Arbeitsämtern suchen, Fehler lägen auch in dem ganzen Aufbau der Arbeitslosenversicherung. Der Abg. Dr. Maute (Dem.) betonte, es sei wichtiger, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, als sie zu unterstützen. Wer es mit den Arbeitslosen ehrlich meine, unterlasse Demonstrationen. Durch solche Kasperlestheater würde weder Arbeit noch Brot beschafft. Der Abg. Dr. Hölscher (B.B.) legte den Kommunisten nahe, sich mit ihren Beschwerden an den Reichstag zu wenden, da der Landtag dafür nicht zuständig sei. Der Abg. Bausch (Chr. Vd.) erklärte sich für den sozialdemokratischen Antrag, der dann nach einem Schlußwort des Abg. Hammer (Komm.) mit großer Mehrheit angenommen wurde. Schließlich erledigte man noch einige Eingaben. Hierauf vertagte sich der Landtag bis nach Ostern. Morgen macht er als Abschluß der langen Winterberatung einen Ausflug nach Schwäb. Hall.

Revolte im Fürsorgeheim Schönbühl.

Endersbach, 14. März. Im Fürsorgeheim Schönbühl bei Endersbach im Remstal kam es im Laufe des Mittwoch zu Unruhen. Eine Abteilung, die auf Einzelzimmer untergebracht war, im ganzen 15 Zöglinge, verweigerte den Gehorsam. Es handelt sich dabei zum Teil um Jugendliche, die erst in letzter Zeit infolge der Arbeitslosigkeit in die Anstalt gekommen waren. Die 15 folgten keinen Weisungen mehr und begannen, die Anstaltseinrichtungen, Fensterscheiben und Möbel zu zertrümmern. Nun benachrichtigte der Anstaltsleiter das Oberamt, das sofort in einem Auto Landjäger sandte, und zur Vorsorge auch an das Polizeipräsidium Stuttgart telephonierte, um von dort Unterstützung zu erhalten, falls sie notwendig sein sollte. Es ging aber alles ruhig ab. Die „Aufständischen" ließen sich von den Landjägern ohne Widerstand abführen und befinden sich vorläufig in Gewahrsam. In der Anstalt selbst herrscht unter den anderen Zöglingen Ruhe.

Untaten farbiger Franzosen.

Trier, 14. März. Am Mittwoch abend 8 Uhr wurde ein junger Mann, der eine Dame nach Hause begleitete, von 3 marokkanischen Besatzungssoldaten angefallen und mit dem Seitengewehr bedroht. Vorher hatte einer der Marokkaner ihn um Feuer angesprochen, worauf die beiden Soldaten den jungen Leuten unbemerkt gefolgt waren. Als diese sich zur Flucht wandten, liefen die farbigen Franzosen immer noch mit der Waffe in der Hand ihnen nach und ließen erst nach einer Strecke von etwa 100 Metern von der Verfolgung ab. Kurze Zeit vor diesem Vorfall waren auch andere Fußgänger an der gleichen Stelle von den marokkanischen Soldaten bedroht worden. Die deutsche und die französische Polizei sind mit der Aufklärung des Falles beschäftigt, doch konnten die Täter bisher noch nicht ermittelt werden. In der Gegend von Stierm-

Fritz
Schumacher
Pforzheim, Leopoldstr. 1.
Rabattmarken!

Größte Auswahl
in
Strickkleidern
Pullovern
Westen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gen wurden 2 polnische Bergleute von 6 Algerieren überfallen und beraubt. Drei der Räuber konnten bereits festgenommen werden. In Metz wurde eine 68 Jahre alte Witwe von dem algerischen Burschen des bei ihr wohnenden Offiziers ermordet und grausam verstümmelt.

Ein Nachspiel zum Muggendorfer Eisenbahnunglück.

Bamberg, 14. März. Ueber das Muggendorfer Eisenbahnunglück im Sommer 1928, bei dem 9 Erwachsene verletzt und ein Kind getötet wurde, wurde vor dem Bamberger erweiterten Schöffengericht verhandelt. Der Hilfsbetriebsassistent Karl Schmidt, der den ganzen Bahnbetriebsdienst zu versehen hatte, wurde zu 3 Monaten Gefängnis mit bedingtem Straferlaß bis 1932 verurteilt. In der Verhandlung ergab sich, daß die Betriebssicherheit im Muggendorfer Bahnhof viel zu wünschen übrig gelassen hatte und daß erst in der letzten Zeit Verbesserungen vorgenommen wurden.

Das Konkursverfahren gegen Frau Subkoff.

Bonn, 14. März. Im Zusammenhang mit dem Konkursverfahren über das Vermögen der verwitweten Prinzessin von Schaumburg-Lippe, jetzigen Frau Subkoff, sind inzwischen weitere Forderungen bekannt geworden. So hat Frau Subkoff u. a. noch Verpflichtungen in Höhe von 137 000 Mark für den Ankauf eines Rennstalles und Wechselverpflichtungen in einer bisher bekannten Höhe von 70—80 000 Mark. Die Wechsel wurden ausgestellt durch den Generalbevollmächtigten der Frau Subkoff. Frau Subkoff hatte ihm einen Blankowechsel zur Verfügung gestellt. Gegen das Konkursverfahren hat der Rechtsbeistand der Frau Subkoff Berufung eingelegt. Die Verschuldung gegenüber den Verpflichtungen in Höhe von 16 000 Mark rührt daher, daß die Bückeburger Hofverwaltung vor etwa Jahresfrist eine Perlenkette im Werte von 32 000 Mark veräußerte und Frau Subkoff daraufhin ein Darlehen von 16 000 Mark gewährte. Da bisher eine Rückzahlung des Darlehens nicht erfolgte, beantragte die Hofverwaltung das Konkursverfahren.

Beschlüsse des Reichsrats.

Berlin, 14. März. Der Reichsrat stimmte einem Gesetzentwurf betreffend das internationale Uebereinkommen über ein Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen zu. Deutschland kann dem von der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beschlossenen Abkommen ohne weiteres beitreten, da eine Aenderung seiner Gesetzgebung nicht notwendig ist, da in Deutschland für die Heimarbeit, für die das Verfahren in Deutschland allein gelten soll, bereits ausreichende Vorschriften bestehen. Im Dezember hatte der Minister für Landwirtschaft und Ernährung über die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter für das Jahr 1929 eine Verordnung erlassen, wonach zunächst 60 000 ausländische Arbeiter und dann vom 15. April ab weitere 40 000 in der Landwirtschaft beschäftigt werden dürfen. Jetzt hat auf Ersuchen des Landwirtschaftsministeriums der Reichsrat einer Abänderung jener Verordnung dahin zugestimmt, daß 40 000 ausländische landwirtschaftliche Arbeiter mehr bereits vom 1. April dieses Jahres beschäftigt werden dürfen. Wegen des anhaltenden Frostes werden sich nämlich die Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft stärker zusammendrängen und der Bedarf an Arbeitern wird größer werden als sonst.

Tschitscherins Aufenthalt in Deutschland.

Berlin, 14. März. Die Berliner Abteilung der Telegraphenagentur der U. d. S. S. R. ist zu folgender Mitteilung ermächtigt: Die durch eine Berliner Korrespondenz verbreiteten Nachrichten über Volkskommissar Tschitscherin sind vollkommen grundlos. Herr Tschitscherin befindet sich in Deutschland zur Behandlung eines Leidens, dessen Heilung längere Zeit in Anspruch nimmt. Unmittelbar nach Beendigung der Kur wird Herr Tschitscherin nach Moskau zurückkehren und sein Amt wieder übernehmen.

Ueberfall auf die Charlottenburger Kant-Lichtspiele.

Berlin, 14. März. Der Raubüberfall in den Charlottenburger Kant-Lichtspielen ist aufgeklärt. Die beiden jugendlichen Täter, ein in München geborener Josef Bogner und ein in Charlottenburg geborener Werner Kleist wurden heute früh in ihrer gemeinsamen Charlottenburger Wohnung verhaftet. Man fand bei ihnen größere Beträge, über deren Erwerb sie keine Auskunft geben konnten und bei einem von ihnen eine Pistole. Im Verhör gaben sie nach einigem Sträuben den Raub zu. Das Auto, das sie benutzt hatten, hatten sie einem Kaufmann, der es auf der Straße hatte stehen lassen, gestohlen. Nach der Tat jagten sie mit dem Auto nach Westend davon und ließen den Wagen dort stehen. Die beiden trieben sich seit Jahresfrist ohne Arbeit in Berlin umher und wurden auch von der Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung gesucht.

Bekenntnis zur Sparsamkeit — aber keine positiven Vorschläge

Berlin, 14. März. Der Etat ist auf seinem Passionswege an der letzten Station angelangt, der letzten und zugleich schwierigsten: der Erledigung durch den Reichstag selbst. Da der Haushalt, der sonst schon im Dezember, spätestens im Januar, zur Beratung im Reichstagsplenum steht, unmöglich bis zum 1. April verabschiedet werden kann, wird bekanntlich gleichzeitig ein Notetat vorgelegt, der bis Ende Juni läuft. Die Aenderungen, die der Haushalt im Reichsrat erfahren hat, beeinflussen das Gesamtbild nicht wesentlich, weil sie in der Hauptsache auf der inneren Verschiebung von Posten beruhen. Die peinliche Aufgabe, Abstriche vorzunehmen, die wenigstens einen Teil der verlangten Steuern entbehrlich machen, bleibt somit ganz dem Reichstag überlassen. Die Sorge, wo und in welchem Umfang gesparet werden kann, beschattete denn auch schon die heutige Aussprache. Der Finanzminister versprach in seiner Etatsrede, die erschütternd Neues nicht brachte, hoch und heilig, er wäre zu Kürzungen gerne bereit, sofern sie „wirtschaftlich vernünftig und sozial tragbar" seien. Eine sehr wohlklingende, aber bei näherem Zusehen doch arg einschränkende Floskel. Was Herr Hilferding nur vorsichtig andeutete, verkündete der Sozialdemokrat Hertz bei einer Kritik der Denkschrift des Hansabundes sonder Scheu: Die Sozialdemokratie und ihr Finanzminister sind durchaus erbötig, beispielsweise den Wehretat gehörig zurecht zu stutzen, die sozialen Posten aber möchten sie als das „Blümlein rühr mich nicht an" vor jedem rauhen Zugriff bewahrt sehen. Es wäre nun an der Zeit, daß man vom Allgemeinen endlich zum Konkreten kommt. Im Plenum ist eine solche Klärung freilich nicht zu erwarten. Man wird dort bis Montag debattieren und wie üblich den Etat dem Ausschuß überantworten. Dann aber muß das Verfassspiel ja wohl aufhören. Es werden dem Finanzminister bestimmte Vorschläge des Zentrums, der Demokratie und der Volkspartei vorliegen. Wie wir zu wissen glauben, ist das Sparprogramm der Volkspartei dem Finanzminister schon im einzelnen bekannt gegeben worden. An Herrn Hilferding ist es nun, die Initiative zu ergreifen. Er kann sich aus dem Blütenstrauß der Kürzungsvorschläge das ihm Passende auswählen, selbst einen Sparplan aufstellen und die erforderliche Mehrheit dafür suchen, damit, wenn der Reichstag nach der Osterpause wieder zusammentritt, man wenigstens ungefähr weiß, woran man ist. Heute im Plenum sind Minister und Parteivorstände noch um den heißen Brei herumgeschlichen. Man tritt sich mehr über die im Augenblick nebensächliche Frage, wer schuld an der Finanzmisere sei, als darüber, wie ihr abgeholfen werden könne. Die Opposition zwar hat es leicht: sie erklärt, die vorgeschlagenen Steuererhöhungen — um 379 Millionen handelt es sich — in Bausch und Bogen ablehnen zu müssen. Der Deutschnationale Oberfohren, Herr Strasser von den Nationalsozialisten und der Vertreter der Christlichen nationalen Bauernpartei, Herr von Sybel, taten sich in diesem Rütlischwur zusammen. Im Lager der — wenn man so sagen darf — regierungsfreundlichen Parteien lautet die Parole: möglichste Deckung des Defizits ohne neue Steuern. Auch Herr Hilferding hat sich ja in diesem Sinne geäußert, und nach der Richtung hin wird er jetzt operieren müssen. Einiges Befremden hat es im Parlament hervorgerufen, daß der im Reichsfinanzministerium sehr mächtige Staatssekretär Popitz just zu so kritischer Stunde sich zu einer Palästinafahrt anschickt. Fürchtet er etwa eine Panne, so daß er es vorzieht, Herrn Hilferding allein in der Verantwortung zu lassen? Im allgemeinen hinterließ die heutige Debatte den Eindruck, daß der Verständigungswille vorhanden ist.

Die Berliner Presse zu der Etatrede Hilferdings.

Alle Berliner Blätter, soweit sie sich heute abend mit der Etatrede des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding befassen, weisen auf die großen parlamentarischen Schwierigkeiten hin, die der Verabschiedung des Etats entgegensehen. Die „Germania" erklärt, die Etatkritik ist heute notwendiger denn je. Wir müssen wieder lernen, auch bei den Riesenhaushalten des Reichs und der übrigen öffentlichen Körperschaften sozusagen mit Pfennigen zu rechnen und auch die kleinen Tagesausgaben gründlicher auf ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hin zu prüfen. Aufgabe der Volksvertreter wird es sein, sich mehr als bisher der Prüfung dieser Fragen zu widmen. Die Zentrumspartei wird sich diesen Pflichten nicht entziehen. Ihre Stellung im Parlament und ihr Aufbau aus allen Schichten der Bevölkerung befähigt sie mehr als jede andere zur verantwortungsbewußten kritischen Sachlichkeit. Das „Berliner Tageblatt" unterstreicht die Worte Hilferdings, daß die Regierung das Recht der Führung in Etatsfragen habe, und betont: Wir sind an dem Punkt, an dem wir heute sehen, nur deshalb angelangt, weil diese Führung fehlte. Wird die Regierung, wird der Reichsfinanzminister wenigstens jetzt die Klarheit der Linienführung und die Kraft des Entschlusses aufbringen, die so lange gefehlt haben? In der „Deutschen Tageszeitung" heißt es: Daß wir der Pleite entgegensteuern, ist kein Geheimnis mehr. Die Schuldenwirtschaft der Arbeitslosenversicherung steht ja auch als leuchtendes Symbol vor aller Augen. Wichtiger erscheint die Frage, ob Herr Hilferding der Mann ist, den drohenden Zusammenbruch aufzuhalten.

Reichsbankpräsident Schacht soll Angebote machen.

Berlin, 14. März. Die französische Presse hat, wie auf ein gegebenes Zeichen damit begonnen, dem Reichsbankpräsidenten Schacht nahezulegen, schleunigst Angebote zu machen, die sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen decken, da bei einem Scheitern der Verhandlungen die Aufhebung der Finanzkontrolle, die endgültige Festsetzung unserer Kriegsschulden und die Räumung der Rheinlande in Frage gestellt werden könnten. Daneb emwird natürlich immer wieder versucht, unsere Leistungsfähigkeit als besonders groß hinzustellen und durch alle möglichen Rechenkunststückchen zu beweisen. Herr Schacht ist nun aber nicht die Natur, die sich durch dieses Trommelfeuer der französischen Presse zwingen läßt, sich auf Bahnen zu begeben, die für uns einmal verhängnisvoll werden könnten. Sein Weg ist durch unsere tatsächliche Leistungsfähigkeit klar gezeichnet, über die sich übrigens in Deutschland selbst niemand im unklaren ist. Allein die nun schon seit Wochen anhaltende katastrophale Arbeitslosigkeit ist wohl der beste Beweis dafür, daß unsere Wirtschaft mit der auswärtigen Konkurrenz infolge der auf ihr ruhenden finanziellen Lasten nicht mehr Schritt halten kann. Es ist richtig, daß durch den harten Winter von der Land- und Forstwirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte der Arbeitslosenunterstützung zugewiesen wurden. Das Schwergewicht der Erwerbslosigkeit liegt aber in den Industriegebieten, in denen die Schornsteine nur noch spärlich rauchen. 2½ Milliarden an jährlichen Tributen müssen, auch wenn sie aus geborgten Geldern bezahlt werden, schließlich doch jeder Wirtschaft den Atem rauben. Einen schlagenden Beweis dafür, wie es um unsere Kapitalsteuerveranlagung bestellt ist, gibt eine Gegenüberstellung der Vermögenssteuerveranlagung aus dem Jahre 1913 und dem Jahre 1925. Beim Wehrbeitrag von 1913 wurde ein steuerpflichtiges Vermögen von 157,1 Milliarden ermittelt, für 1925 nur noch von 97,8 Milliarden, und zwar ohne Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft des Geldes. Die Inflation hat aber nicht nur die kleinen und mittleren Vermögen vernichtet, sie hat ebenso unter den großen Vermögen katastrophal gewütet, so daß die Zahl unserer Kapitalisten auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Aus diesem Grunde haben wir auch im Ausland erhebliche Anleihen aufgenommen, deren Verzinsung und Amortisation jährlich wieder aus dem deutschen Volke gewaltige Beträge herauspumpt. Herr Schacht hat in Paris ein umfangreiches statistisches Material über unsere Vermögensverhältnisse und unsere finanzielle Leistungsfähigkeit den Sachverständigen übermittelt, das nicht ohne Eindruck geblieben ist und das diese hoffentlich von übertriebenen und unerfüllbaren Forderungen abhalten wird.

Das französische Flottenbauprogramm im Senat angenommen.

Paris, 14. März. Der Senat hat heute mit 272 gegen 28 Stimmen den Gesetzesentwurf angenommen, der die Kiellegung der im zweiten Teil des Flottenbauprogramms enthaltenen Einheiten vorsieht. Es handelt sich um einen Kreuzer, 6 Torpedobootszerstörer, 7 Unterseeboote und 2 Avisos. Der Berichterstatter Senator Lemery bezeichnete den Bau dieser Einheiten als eine notwendige Maßnahme der Verteidigung und wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende Indienststellung des neuen deutschen Panzerkreuzers und auf die Verabschiedung des italienischen Flottenbauprogramms hin. Der deutsche Panzerkreuzer, dem noch weitere gleiche Einheiten folgen würden, sei so bestückt, daß er sämtliche französischen und englischen Kreuzer in Schacht halten könnte. Der Bau dieser Schiffseinheiten scheine vom Geist von Locarno und dem des Kelloggpaktes nicht beseelt zu sein. Deutschland könne auf Grund des Versailler Vertrages nicht mehr als 6 Schiffe des neuen Modells bauen. Anders aber verhalte es sich mit Italien. Da Frankreich im Falle eines Krieges sich nach mehreren Seiten verteidigen müßte, würde Italien im Mittelmeer das Heft in der Hand halten und das sei für Frankreich unannehmbar. Der Vorsitzende des Marineausschusses, Senator de Kerguezec, gab der Befürchtung Ausdruck, daß man vor einem neuen Rüstungswettbewerb stehe.

Niederlage der Rebellen in Mexiko.

Newyork, 14. März. Der Kavallerie-Vorhut der aus Monterey vordringenden Armee Amazans gelang es, über 3000 Mann der sich nach Torreon zurückziehenden Rebellentruppen abzufangen. Die Truppen hatten ihre Transportzüge wegen Kohlenmangel verlassen müssen und wurden mit Flugzeugen entlang der Bahnstrecke verfolgt. Die Hauptarmee Calles' rückt langsam auf Durango vor. Im Kampf mit den Rebellen wurden 60 Revolutionäre getötet und 7 verwundet. Die gefangenen Offiziere wurden standrechtlich erschossen.

Vermischtes.

Sinkende Steuermoral in Deutschland. Das Sinken der Steuermoral in Deutschland verursacht durch die allzu große Steuerlast, kommt in der großen Zahl der 1927 bestraften Fälle von Steuerhinziehungen zum Ausdruck. Nach einem Bericht an den Reichstag sind im letzten Jahr 31 560 Fälle von Steuerhinterziehungen mit Geldstrafen rechtskräftig belegt worden. Die Geldstrafen beliefen sich auf 63,6 Millionen Mark, in etwa 2500 Fällen wurden Geldstrafen in der Höhe von 1,5 Millionen Mark erlassen. Die meisten Straffälle kamen im Landesfinanzamtsbezirk Stuttgart vor: 2782. Es folgen Münster mit 2726 Fällen, Berlin mit 2551, Breslau mit 2181, Karlsruhe mit 2011, Dresden mit 1955, Magdeburg mit 1948 Fällen usw. Für 19 478 Hinterziehungen von Verbrauchsabgaben wurden Geldstrafen in der Höhe von rund 132 Millionen Mark ausgesetzt, von denen 9,1 Millionen wieder erlassen wurden. Die meisten Fälle, 3671, entfallen auf den Landesfinanzamtsbezirk Köln; es folgen Karlsruhe mit 1686, Düsseldorf mit 1159, Unterelbe mit 1143, Münster mit 994, Dresden mit 972, Oberschlesien mit 906, Leipzig mit 871, München mit 778, Hannover mit 722 Fällen usw. Durch die 1927 im Reich vorgenommen Buch- und Betriebsprüfungen wurden noch über 122 Millionen Mark Steuergelder gerettet, und zwar 107 Millionen an Reichssteuern, 15 Millionen an Landes-, Kirchen- und anderen Steuern. Es handelt sich hier nicht ausschließlich um verfolgte bezw. nicht zur Strafverfolgung gelangte Steuerhinterziehungen, sondern auch um andere Steuervergehen und vielfach auch um sachlich verschiedene Beurteilung der Steuerpflicht. Die größte Zahl der Fälle, 8908, entfällt auf das Landesfinanzamt Berlin mit 27 Millionen geretteten Steuergeldern, das geringste Ergebnis weist das Landesfinanzamt Oldenburg mit 327 Fällen mit knapp 500 000 Mark Steuermehrertrag aus.

Geistesgegenwart. In einer russischen Zeitung finden wir folgende hübsche Anekdote, die Leo Tolstoi zu erzählen pflegte, wenn er auf seinem Gut Jasnaja Poljana Gäste empfing. Ehter seiner Vorväter war ein Offizier, der unter Zar Paul der kaiserlichen Leibgarde angehörte. Dieser Offizier stand eines Tages mit einigen Freunden in einem Saal des Zarenpalastes und wartete, bis er in die kaiserlichen Gemächer vorgelassen würde. Um die Zeit zu verkürzen, gab der junge Graf Tolstoi eine Gratisvorstellung, in der er den Zaren so naturgetreu nachahmte, daß die Zuschauer sich vor Lachen schüttelten. Plötzlich verstummten alle und machten erschrockene Gesichter, und als Tolstoi sich umsah, bemerkte er, daß der Zar sich der Gruppe zugesellt hatte. Der Monarch schaute den Offizier streng an und herrschte ihn an: „Schau, daß du weiterkommst!" Mit ungewöhnlicher Geistesgegenwart tat nun Graf Tolstoi etwas, was seine Karriere rettete: Er verzog sein Gesicht wieder, machte die Handbewegung des Zaren nach und sagte: „Tolstoi, du hast mich nachgeäfft und verdienteſt eigentlich eine schwere Strafe. Aber weil du so jung bist, will ich dir diesmal noch deine Frechheit verziehen." Der Zar lachte herzlich über so viel Geschicklichkeit und vergab dem jungen Mann tatsächlich von ganzem Herzen.

Die Russen wollen Nobiles Ballongruppe retten. Professor Samoilowitsch, der Leiter der vorjährigen Rettungsexpedition der Russen auf dem Eisbrecher „Krassin", ist in Berlin eingetroffen und hat dabei interessante Ausführungen über weitere Rettungsaussichten der Russen gemacht. Sie wollen in diesem Jahre nämlich erneut die Fahrt in die Arktis wagen, um die Ballongruppe Nobiles aufzufinden. Viel Hoffnung besteht allerdings nicht, daß die Ueberlebenden der Gruppe Allessandris von der „Italia" noch am Leben sein könnten. Aber der einzige Hoffnungspunkt genügt, um das Rettungswerk unter allen Umständen zu wagen. Haben sich doch einige andere Mitglieder von früheren Nordpolexpeditionen über 6 Jahre in der Arktis halten können, ohne daß man in der Welt überhaupt noch etwas von ihrer Existenz wußte. Auch die Expedition dieses Jahres wird durch die Ausfahrt des Eisbrechers „Krassin" eingeleitet. Der Flieger Tschuchnowsky, der im vorigen Jahre die Malmgreen-Gruppe aufgefunden hat, wird mit seinem Flugzeug die Rettungsexpedition weiterführen. Er will große Aufklärungsfahrten unternehmen und geht mit guten Hoffnungen an seine Arbeit. Nach der Mitteilung der Russen wird sich das amtliche Italien kaum an den Fahrten der Russen beteiligen, sondern sucht vielmehr eine Form, um auf andere Weise, vielleicht durch private Initiative die Sache, die sie ja in erster Linie angeht, zu fördern. Die Ausreise der Russen soll schon im April vor sich gehen.

Heiratsunlust in Amerika. Das Scheidungsfieber nimmt in Amerika dauernd zu. Nach den statistischen Berichten der „Verkehrsdepartements" sind in den Vereinigten Staaten im Jahr 1927 mehr Personen geschieden als getraut worden gegenüber dem Vorjahre. Im Jahre 1927 heirateten in Amerika 2 400 000 Menschen, während im Jahr 1926 2 408 000 heirateten. Dies bedeutet eine Abnahme von rund einem Fünftel Prozent. 1927 wurden 191 000 Ehen geschieden, 1926 dagegen nur 181 000 Ehen. Die Ehescheidungen haben also um 6½ Prozent zugenommen. Das klarste Beispiel liefert der Staat Newyork, auf den allein neun Zehntel des Heiratsrückgangs entfallen und der eine Zunahme von 7 Prozent an Ehescheidungen zu verzeichnen hat.

Literarisches.

Die Württ. Regimenter im Weltkrieg 1914—1918. (Belfers Verlag, Stuttgart.) Herausgegeben von General a. D. H. Flaischlen. Band 11: Das 8. Württ. Infanterie-Regt. Nr. 126 Großherzog Friedrich von Baden im Weltkrieg 1914 bis 1918. Von General a. D. Glück und Generalmajor a. D. Wald. Mit 149 Abbildungen, 33 Text- und 56 Anlageskizzen. 284 Seiten Großoktav. In Halbleinen gebunden mit dreifarb. Umschlag 12 Mk. Den guten Ruf, den sich das Regiment durch hervorragende Pflichttreue in langen Friedensjahren erwarb, hat es sich all die Kriegsjahre hindurch auf das glänzendste zu wahren gewußt. 126 Offiziere, 4881 Mann blieben auf dem Felde der Ehre. 1914 am 9. und 10. August war es bei dem Angriff auf den bis Mülhausen im Oberelsaß eingedrungenen Feind in vorderster Linie beteiligt, dort wurde vom Regiment die erste feindliche Batterie genommen. Die Geschichte des Regiments ist überaus packend und mit großer Wärme geschrieben, mit zahlreichen Bildern und vortrefflichen Skizzen versehen. Zu beziehen durch die C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

In Wildbad

kleines Wohnhaus,

5 Zimmer, ein kleiner Laden, Obst-, Gemüse- und Kolonialwarenhandlung, sofort unter günstigen Bedingungen umständehalber preiswert zu verkaufen.

Näheres durch **E. Waidner, Pforzheim,** Bleichstraße 11, gegen Rückporto. Telefonische Anfrage zwecklos.

Trauer-Anzeigen

liefert rasch und preiswert

die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bekanntmachung.

Oberamtstierarzt Vet.-Rat Dr. Müller siedelt heute an seinen neuen Amtssitz nach Neckarsulm über.

Ortspolizeibehörden und Tierbesitzer haben sich bis zur Wiederbesetzung der Stelle in amtstierärztlichen Angelegenheiten an **Oberamtstierarzt Vet.-Rat Pfeiffer in Calw** zu wenden.

Neuenbürg, den 14. März 1929.

Oberamt: Lempp.

Zur Konfirmation und Kommunion

Hemden, Kragen
Krawatten, Handschuhe
Hosenträger, Taschentücher
Socken und Strümpfe
Hemdhosen, Schlupfhosen

Carl Barth, Pforzheim,

jetzt Zerrennerstraße Nr. 3.

Empfehle mein großes Lager in

Fahrrädern, Nähmaschinen, Kinderwagen
aller Art,
Ersatzteile — Reparaturwerkstätte.
Günstige An- und Abzahlung!

Eugen Müller, Birkenfeld.

Der neue Vierzylinder

Hanomag

ist eingetroffen!

Zur Besichtigung und Probefahrt
ladet ein

Autohaus Rösch

Pforzheim

Telefon 3370 Westl. 173—181

Höfen a. E.
Suche für sofort od. 1. April ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt.

Otto Schmauderer
z. „Sonne".

Arnbach.
Einen jungen, tüchtigen

Schneider

für sofort gesucht.

Wilhelm Hiller,
beim Schulhaus.

Zur Konfirmation

Anzüge und Kleider

in großer Auswahl zu
billigen Preisen, auf

bequeme Ratenzahlung

Herren- und Damen-Bekleidungs-Haus

Helios

G. m. b. H. — **Pforzheim** — Leopoldstr. 7

Eingang auch durch die Haustreppe.

Conweiler, den 14. März 1929.

Todes-Anzeige.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater

Friedrich Faaß

zum „Rößle"

ist heute vormittag 9½ Uhr im Alter von 69 Jahren nach kurzer Krankheit sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau **Luise Faaß,** geb. Bohlinger,
Karl Faaß und Frau **Luise Faaß,** geb. Jäck,
Vet.-Rat **Dr. Julius Scheifele,** Oberkirch,
und Frau **Paula Scheifele,** geb. Faaß,
Max Scheifele.

Beerdigung: Sonntag den 17. März, nachmittags 3½ Uhr.

Conweiler.

Wegen Todesfall bleibt mein Geschäft am
Sonntag den 17. März 1929

geschlossen.

Karl Faaß zum „Rößle".

Conweiler, den 15. März 1929.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Friedrich Holzhäuser, Schreiner,

im Alter von 45 Jahren nach kurzem, schweren Leiden im Bezirkskrankenhaus am 13. März, abends ¼11 Uhr, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die tieftrauernde Gattin:
Rosa Holzhäuser, geb. Höll, **mit Kindern.**

Beerdigung: Samstag nachmittag 4 Uhr.

Kaffee-Restaurant „Uhland" Birkenfeld.

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, der verehrlichen Einwohnerschaft von **Birkenfeld und Umgebung** ergebenst bekanntzugeben, daß ich das **Kaffee-Restaurant „Uhland"** käuflich erworben habe und die

Eröffnung mit Konzert

am **Sonntag den 17. ds. Mts.** stattfindet.

Ich werde stets bestrebt sein, meinen werten Gästen den Aufenthalt in meinem Hause gemütlich zu gestalten und bitte um geneigten Zuspruch.

Es empfiehlt sich bestens

R. Kanzler und Frau.

Gesucht auf Ostern zwecks gründlicher Ausbildung:

Silberschmiede-
Schleifer-
Presser-
Drücker-

Lehrlinge

Plaz & Kälber, G. m. b. H.,
Silberwarenfabrik,
Pforzheim, Altstädter Kirchenweg 14.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

Bezirks-Arbeitsamt Pforzheim.

Nebenstelle Neuenbürg.

Wir suchen Lehrlinge:
Maler, Bäcker.

Forstamt Wildbad.

Reisig-Verkauf.

Am **Dienstag, 19. März 1929,** nachmittags 5½ Uhr, in **Wildbad** im „Anker" aus Distr. Meistern Abt. 1 Schwarzengrund, 4 Neuwiesenteich, 11 Eisenriß, 15 Eisenhäusle, 18 Meisternebene, 26 Mittlere Sulzhäusle, 27 Vord. Sulzhäusle, 19 Hint. Rauherberg, 23 Mittl. Riesenstein, 24 Vord. Riesenstein, 20 Mittl. Rauhberg, zus. 2760 geschätzte Nadelholzwellen; ferner kommen zum **Wiederverkauf:** 120 geschätzte Nadelholzwellen aus Abt. 28 Hint. Waldhütte.

Nähmaschine,

fast neu, eich., für nur 120 M. sowie eine **Brückenwaage** billigst abzugeben.

Fr. Schöttle, Pforzheim,
Theaterstr. 10, Laden.

Einige gebrauchte

Damen- und Mädchenräder

billig zu verkaufen.

Eugen Müller,
Birkenfeld.

Calmbach.
Prima

Mast-Ochsen-Fleisch

Pfund **1.—,**
empfiehlt
Metzgerei **Carl Seyfried.**

Wir suchen verkäufliche Häuser

jeder Art, zwecks Unterbreitung an Kaufinteressenten. Nur Angebote von Selbsteigentümern erwünscht an den Verlag

Haus- und Grundbesitz,
Frankfurt a. M., Zeil 51.

Zickelfelle

kauft zu höchsten Tagespreisen

Fellhandlung
A. & H. Hilb, Pforzheim,
Metzgerstraße 21.

Birkenfeld.
Zu sämtlichen

Lohn-Fuhrwerken

empfiehlt sich

Robert Fix,
Herrenalber Str. 4.

Birkenfeld.
Für den Verkaufsstand am Bahnhof Birkenfeld wird sofort

Verkäufer(in)

gesucht. Bewerbungen werden am Verkaufsstand in Birkenfeld entgegen genommen.

Schlafzimmer,

eichen und lackiert, in neu und gebraucht, Schränke, neu und gebraucht von 28 Mk. an, Küchenschränke, Waschkommoden 20, 65, 80 Mk., Betten einzeln und paarweise, Matratzen, neu und gebraucht, Federbetten, Tische, Stühle.

Möbelhandlung
Fr. Schöttle, Pforzheim,
Theaterstraße 10.

Schömberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 16. März 1929
im Gasthaus zum „Ochsen" in Schömberg

stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Otto Seeger, Lehrer.
Mathilde Schneider.

Kirchliche Trauung 12 Uhr.

Touristen-Verein

„Die Naturfreunde"

Ortsgruppe Birkenfeld.

Voranzeige!

Sonntag den 24. März, abends 7 Uhr, im Hotel z. „Schwarzwaldrand"

Lichtbilder-Vortrag

Thema: Sommer und Winter im Arlberg (Tirol)
Referent: Herr Wilhelm Rudolf aus Karlsruhe.
Eintritt 30 Pfg.

Hierzu wird die Einwohnerschaft freundlichst eingeladen.

Die Ortsgruppenleitung.